

Niederschrift über die Sitzung
am 23.08.2006

Tagungsort: REGE, Niederwall 26

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Frau Biermann

Frau Pohlreich

Herr Tsapos

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Rathsmann-Kronshage

BfB-Fraktion

Frau Cascante-Maristany

Migrationsrat

Frau Adilovic-Berends

Herr Citak

Herr Düger

Herr Gügen

Herr Koyun

Herr Mazaca

Herr Sezen

Herr Tas

Herr Tasar

Herr Aka

Herr Sever

Von der Verwaltung

Herr Kähler, Beigeordneter

Frau Irmer, Büro Oberbürgermeister

Herr Borgstädt, Büro Oberbürgermeister

Frau Warnecke, Bauamt

Frau Grewe, Ausländerbeauftragte

Gäste:

Herr Radloff, Geschäftsführung- Arbeit*plus*

Herr Erdmeier, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Entschuldigt fehlen

Frau Argyriadou

Herr Rüter

Herr Erarslan
Frau Xavier
Herr Önder

Öffentliche Sitzung:

Herr Sever eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass der Migrationsrat beschlussfähig ist. Frau Vorsitzende Argyriadou habe sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Dem Vorschlag, den Tagesordnungspunkt „Tageseinrichtungen für Kinder als Familienzentren“ in die Tagesordnung aufzunehmen, wird zugestimmt.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Eine Vertreterin spanischsprachiger Eltern thematisiert den Wegfall des muttersprachlichen Unterrichts (MU) für ihre Kinder. Der bisherige Lehrer stehe wegen Altersteilzeit nicht mehr zur Verfügung. Auf diese Situation und auf die möglichen Veränderungen im Spanischunterricht hätten die Eltern schon Anfang dieses Jahres hingewiesen und um eine Stellungnahme des Schulamtes gebeten. Sie seien über den Umgang des Schulamtes befremdet. Die Eltern seien über diese Entwicklung nicht informiert worden. Durch Zufall habe man mitbekommen, dass der Spanischlehrer in Pension gehe. Auf das Schreiben der Eltern habe die Bezirksregierung geantwortet, dass die Stellen für muttersprachlichen Unterricht im Land leider ausgeschöpft und Neueinstellungen nicht mehr möglich seien. Obwohl Bedarf bestehe, könne für den Spanisch-MU keine neue Lehrkraft eingestellt werden.

Bei den Eltern sei der Eindruck entstanden, dass man aufgrund der verlangsamten Vorgehensweise von behördlicher Seite die Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts erreichen wolle. Dieses habe fatale Folgen für die Kinder, zumal für viele Schülerinnen und Schüler Abschlussprüfungen vorstünden, die nach den neuen Leistungsanforderungen durchgeführt werden.

Herr Sever weist darauf hin, dass der muttersprachliche Unterricht auch in der Vergangenheit öfter thematisiert wurde. Er schlage vor, zu der nächsten Sitzung des Migrationrates das Schulamt bzw. Herrn Schulrat Drescher einzuladen, um die Frage des MU zu erörtern.

* Migrationsrat - 23.08.2006 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 21.06.2006

Frau Rathsmann-Kronshage bittet in der Niederschrift unter Punkt 7 den Satz zu streichen:

„Deshalb sei der Ansatz der Familienzentren in Bielefeld ohne Ausschluss eines Bewerbers richtig“. Die Niederschrift wird mit dem Satz ergänzt:

„Die Kindertageseinrichtungen haben selbstverständlich die Möglichkeit, analog zu den Familienzentren ihre Angebote zu erweitern bzw. nach gleichen Kriterien zu arbeiten“.

Beschluss:

Mit der vorstehenden Änderungen wird die Niederschrift über die Sitzung am 21.06.2006 nach Inhalt und Form genehmigt.

-einstimmig-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

- Herr **Borgstädt** informiert den Migrationsrat über die Landesmittel 2006 zur Förderung der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit:

Die Stadt Bielefeld hatte auch dieses Jahr wieder beim Regierungspräsidium in Köln einen Zuschuss zur Förderung der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit beantragt. (15 Einzelanträge von Bielefelder Vereinen, Verbänden und Institutionen mit einem Gesamtvolumen von rund 58.400.- €).

Der vom Landeskabinett für 2006 vorgesehene Ansatz von 1,2 Mio. € ist jedoch durch den Landtag noch einmal um weitere 900.000 € gekürzt worden. So stehen für das diesjährige Programm landesweit nur noch 300.000 € gegenüber 1,8 Mio. € im Vorjahr zur Verfügung.

Weil damit das bisher praktizierte pauschalierte Verfahren mit Sammelanträgen der Kommunen nicht mehr durchführbar ist (die Zuschussbeträge würden sich auf ca. 1,5 Cent pro Einwohner reduzieren), sind alle bei der Bezirksregierung Köln eingereichten Anträge für ungültig erklärt worden.

Die verbleibenden 300.000 € werden 2006 gemeinsam mit den im Haushaltsplan des Landes vorgesehenen Mitteln für Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit (EPIB) zu einem neuen Programm mit dem Arbeitstitel „Zuschüsse für das bürgerschaftliche Engagement in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ zusammengeführt.

Dieses Programm ist auch für Kommunen geöffnet, gleichzeitig werden jedoch an kommunale Anträge höhere Anforderungen gestellt als bisher.

So ist u. a. das bisher praktizierte gesammelte Einreichen einer Vielzahl kleiner Anträge mit Angabe einer Gesamtsumme nicht mehr möglich und es werden auch nur solche kommunalen Projekte berücksichtigt, die „einen integralen Zusammenhang darstellen und eine Art Roten Faden aufzeigen“.

Als Alternative lassen die neuen Modalitäten aber zu, dass die Städte und Gemeinden kommunale Netzwerke, Dachverbände oder andere Träger, die die vorhin genannten Voraussetzungen erfüllen, für eine Antragstellung autorisieren.

Ein solches Netzwerk ist in Bielefeld mit dem Welthaus gegeben. Es verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Eine-Welt-Arbeit und hat sich diesbezüglich über die Stadtgrenzen hinaus einen guten Ruf erworben.

Deshalb wurde im Juli das Welthaus Bielefeld von der Stadt autorisiert, in eigener Regie und Verantwortung für die Stadt Zuschussanträge im Rahmen der Landesmittel zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu stellen.

Für die Zukunft ist im übrigen wohl davon auszugehen, dass keine Landesmittel mehr zur Verfügung gestellt werden. Denn das Ministerium hat in seiner Veröffentlichung auch darauf hingewiesen, dass mit einer Fortsetzung der Förderung im Jahr 2007 auf Grund der notwendigen Haushaltskonsolidierung nicht gerechnet werden kann.

Herr Sever bittet die Mitglieder die Information zur Kenntnis zu nehmen und dankt Herrn Borgstädt für die Mitteilung.

- Frau **Warnecke** informiert den Migrationsrat über eine Konfliktsituation um eine Veranstaltungshalle, an der Carl-Severing Strasse in Quelle. Der Betreiber, der unter Zusicherung der Erfüllung der Vorgaben eine vorläufige Genehmigung erhalten hatte, habe im Nachhinein erneut Veränderungen vorgenommen und betreibe die Halle quasi momentan illegal. Da er für 700 Quadratmeter entsprechende PKW-Stellplätze nicht aufweisen konnte, habe er sich bereit erklärt, die Halle mit einer Zwischenwand zu trennen und die Halle nur für 400 Gäste vorzuhalten, was auch dann erfolgte.

Nach einer Besichtigung seitens der Mitarbeiter des Bauamtes sei aber die

Zwischenwand wieder entfernt worden. Nach wie vor würden Veranstaltungen mit über 700 Personen durchgeführt. Die Beschwerden und Proteste aus der Nachbarschaft über wildes Parken und zunehmenden Lärm nähmen zu. Das Problem sei, dass der Betreiber nicht zu identifizieren sei, so dass die Zustellung einer Nutzungsuntersagung nicht erfolgen könne. Die Halle werde somit zur Zeit illegal betrieben. Sie appelliert an die Mitglieder des Migrationsrates, ihre Kontakte zu nutzen um bei der Lösung dieses Konfliktes behilflich zu sein.

- Herr **Tas** teilt mit, dass eine Kundgebung gegen den Aufmarsch von Neo-Nazis in Bielefeld am Samstag, 16. September, um 10:00 Uhr stattfinden werde. Die Veranstalter der Kundgebung sind: Stadt Bielefeld, Deutscher Gewerkschaftsbund, Evangelischer Kirchenkreis. **Auf Anregung von Frau Rathsmann-Kronshage empfiehlt der Migrationsrat einvernehmlich als Gremium an der Kundgebung teilzunehmen und als Unterstützer aufzutreten.**

- Herr **Tsapos** teilt mit, dass das Sprachförderprojekt an der Universität weiterfinanziert werde. Herr **Kähler** sieht die dringende Notwendigkeit den schulischen und beruflichen Erfolg der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Der individuelle Anspruch im Kontext der Jugendberufshilfe ermögliche eine Finanzierung des Projektes. Die Maßnahme werde im Zuständigkeitsbereich der REGE geregelt werden. Wie es konkret ausgestaltet werde, konnte noch nicht definitiv geklärt werden.

Herr Sever und Herr Tas sehen in der Entscheidung, das Projekt weiterzufinanzieren, die Erfüllung einer der zentralen Forderungen des Migrationsrates. Ferner dankt Herr Sever Frau Pohlreich für ihr persönliches Engagement im Bezug auf die Fortführung dieser Maßnahme.

- Frau Grewe gibt folgende **Termine** bekannt:

- **Samstag, 02.09. 2006**, 2. Bielefelder Elternforum, 11 – 17 Uhr im Rathaus.
- **Sonntag, 10.09.2006**, Familientag zur Integration in Bielefeld, 11 – 17 Uhr im Ravensberger Park bzw. bei Regen in der RaSpi
- **Mittwoch, 13.09.2006**, Migrationskonferenz, 14 Uhr im Nowgorod-Raum, Erdgeschoß, Altes Rathaus . Zuvor : 13 Uhr: Treffen der Sprachkursträger/ BAMF (Gumbinnen-Raum – liegt gegenüber) und 13 Uhr: Treffen Verbände / Interkulturelles Büro „Integrationsagenturen“ (Nowgorod-Raum)
- **Dienstag, 19.09.2006**, Behinderung und Migration – Transkulturelle Orientierung der Behindertenhilfe, Fachtagung, 9:30 -16:00 Uhr, neuer Ratssaal
- **Mittwoch, 18.10.2006**, 5. Runder Tisch „Sucht und Migration“, 14.30 Uhr Concarneau-Raum, Neues Rathaus, 3. Etage, Thema: Gewalt in Familien
- **Donnerstag, 19.10.2006**, Veranstaltung des Projekts mit Migrantenselbstorganisationen, 17 – 19:30 Uhr neuer Ratssaal, u. a. mit Fachreferaten (Dr. Sanchez-Otero, Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration NRW u. Mehmet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirates – beide angefragt) zur Rolle und zum Selbstverständnis der Migrantenselbstorganisationen sowie Stellungnahmen und Berichten der beteiligten Bielefelder Vereinsvertreterinnen und –vertreter.
- **Donnerstag, 09.11.2006**, Die Russisch-Orthodoxe Gemeinde in Bielefeld, 19:30 Uhr in der VHS (im Rahmen der Reihe „Religionen in der Stadt“)
- **Dienstag, 14.11.2006**, **Empfang des Oberbürgermeisters** für Bielefelderinnen und Bielefelder mit Migrationshintergrund, 18 :00- 20:00 Uhr.
- **Donnerstag, 23.11.2006**, Interkulturelle Berufs- und Informationsbörse, 9-13 Uhr in der VHS, Großer Saal, Ab 13 Uhr Rahmenprogramm für die Fachöffentlichkeit zum Themenbereich „Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration“

Die nächste **Sitzung des Migrationsrates findet am Mittwoch, 27.09.2006, Nahariya** Raum, statt. Herr Sever bittet die Anwesenden den Termin zu mer-

ken.

* Migrationsrat - 23.08.2006 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache *

Zu Punkt 4 Anträge

Herr Sever weist im Namen des Vorstandes auf folgenden gemeinsamen Antrag des Seniorenrates, des Mädchenbeirates und des Migrationsrates hin über den heute beraten werden soll:

Entwurf für einen Ratsantrag

Der Seniorenrat, der Fachbeirat für Mädchenarbeit und der Migrationsrat der Stadt Bielefeld bitten den Rat, die Verwaltung zu beauftragen, ein Integrationskonzept zu erarbeiten, das insbesondere auch die Aspekte der Integration von Mädchen und Frauen sowie von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund umfasst.

Dieses soll vor allem folgende Ziele verfolgen:

- *einen verbindlichen Rahmen für kommunalpolitisches Handeln vorzugeben, das in einem fortlaufenden Prozess Ziele in den Bereichen Kinder und Jugend, Soziales, Wohnen, Gesundheit, Wirtschaft, Bildung und Kultur formuliert und zusammenführt sowie Maßnahmen plant und deren Umsetzung überprüft.*
- *den Dialog mit Akteuren außerhalb der Verwaltung zu ermöglichen und für deren Beteiligung Strukturen zu schaffen.*

Begründung:

Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass unsere Gesellschaft nicht nur älter sondern auch internationaler wird. Zur Zeit leben über 40 000 Menschen mit einer anderen Nationalität in der Stadt Bielefeld. Zählt man die ausgesiedelten Menschen und die bereits Eingebürgerten hinzu, erhöht sich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund auf über 70 000. Zuwanderung ist ein kontinuierlicher Prozess, mit dem sich unsere Stadt auch in Zukunft intensiv beschäftigen muss.

Die Statistiken belegen, dass die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer, die zum großen Teil schon seit langem in Bielefeld leben, in zentralen Lebensbereichen noch nicht zufriedenstellend ist - beispielsweise im Bildungssystem, im Gesundheitssystem oder beim Zugang zum Arbeitsmarkt:

- *Migrantenkinder- und jugendliche sind an Bielefelder Förderschulen für Lernbehinderte und Hauptschulen über- und an Realschulen und Gymnasien unterrepräsentiert. Die Arbeitslosenquote in der Bevölkerung mit ausländischem Pass liegt doppelt so hoch wie bei den einheimischen Deutschen. Besonders betroffen sind Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund.*
- *Der berufliche Ein- bzw. Wiedereinstieg von Mädchen bzw. Frauen*

mit Migrationshintergrund ist äußerst unbefriedigend. Sie haben jedoch eine Schlüsselposition in der Integration.

- *In der eingewanderten Bevölkerung Bielefeld ändert sich die Altersstruktur. D.h. die Zahl der älteren Menschen verdoppelt sich bis 2010 - u.a. deshalb, weil zahlreiche Migrantinnen und Migranten der ersten Generation eine Rückkehr in ihr Heimatland im Alter nicht mehr realisieren. Untersuchungen belegen hohe Armutsrisiken, insbesondere wenn Ehescheidungen ins Spiel kommen und das klassische Modell der männlichen Versorger-Ehe scheitert. Die Gesundheitsrisiken sind aufgrund hoher physischer und psychischer Belastungen im Laufe des Lebens der Zuwanderinnen und Zuwanderer überdurchschnittlich hoch.*
- *Da die traditionelle Versorgung innerhalb der Familie nicht mehr geben ist, müssen adäquate Lösungsmodelle gefunden werden. Um den Menschen mit Migrationshintergrund eine langfristige Perspektive in unserer Gesellschaft bieten zu können, um den sozialen Frieden in unserer Stadt zu gewährleisten und um knappe Ressourcen effektiv zu nutzen, sollen die Integrationsbemühungen der Stadt Bielefeld und der freien Träger aufeinander abgestimmt sein und einer gemeinsamen Zielsetzung folgen.*

Dafür ist es notwendig, dass gemeinsam mit allen Trägern ein Integrationskonzept erarbeitet wird, das die zentralen Handlungsfelder umfasst und das Ziele und Maßnahmen der künftigen Integrationsarbeit verbindlich definiert.

Bielefeld,

*Für den Fachbeirat für Mädchenarbeit
Gabriele Stillger
(Vorsitzende)*

*Für den Seniorenrat
Helga Sielemann
(Vorsitzende)*

*Für den Migrationsrat
Kyriaki Argyriadou
(Vorsitzende)*

Herr Sever erklärt, dass der Vorstand die heutige Beratung zunächst als eine erste Lesung verstanden wissen möchte. Insbesondere sei hier die Bewertung der Fraktionen entscheidend.

Frau **Biermann** erklärt, dass sie grundsätzlich ein Gesamtkonzept zu Integration von Migrantinnen und Migranten begrüße aber es bestehe für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf.

Frau **Cascante** verweist auf viele Beschlüsse, die nicht unbedingt zu erwünschten Ergebnissen führten. Sie sehe momentan keine Notwendigkeit einen solchen Antrag zu verabschieden.

Frau **Irmner** verweist auf das bildungspolitische Papier des Migrationsrates, in dem u.a auch ein Integrationskonzept gefordert und beschlossen wurde. Der Verwaltungsvorstand habe für die Erstellung eines solchen Konzeptes eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt, die einen ersten Entwurf vorgelegt habe. Das Erreichen einer einheitlichen Verwaltungsmeinung sei notwendig, bevor über die Beteiligung externer Stellen entschieden werde. In diesem Prozess würden die zuständigen Gremien und vor allem der Migrationsrat selbstverständlich einbezogen.

Eine Beschlussvorbereitung würde vorbereitet. Fragen, wie u.a.: welche Gruppen werden mit dem Begriff „Migranten“ erfasst oder wie kann dieses einheitlich statistisch differenziert aufgearbeitet werden und ähnliche Fragen seien noch zu klären. Herr Sever und Herr Tas plädieren für ein sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Ein Konzept werde auch Leitlinien für den Umgang einer Kommune mit Migrantinnen und Migranten vorgeben. Die Einschätzung der Fraktionen sei für die weitere Behandlung des Punktes einzuholen. Der Vorstand werde in diesem Sinne tätig werden.

* Migrationsrat - 23.08.2006 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache *

- Herr **Düger** stellt zur nächsten Sitzung des Migrationsrates den Antrag, folgendes Thema auf die Tagesordnung zu setzen: „**Bericht zum Stand der Integration in Bielefeld nach dem Krafttreten des „Neuen Zuwanderungsgesetzes“** (Anlage)

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

Es liegt eine schriftliche Anfrage von Herrn Koyun vor (Anlage). Eine Antwort der Verwaltung wird erfolgen.

* Migrationsrat - 23.08.2006 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 6 Berichte aus den Ausschüssen

Es liegen keine Berichte vor.

* Migrationsrat - 23.08.2006 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 7 Umsetzung der Hartz IV - Reformen hier: Auswirkungen auf Migrantinnen und Migranten

Herr **Sever** begrüßt Herrn Beigeordneten Kähler und den Geschäftsführer von *Arbeitplus* in Bielefeld, Herrn Radloff. Der Migrationsrat habe sich in der Sitzung am 21.06.2006 mit den Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen auf Migrantinnen und Migranten auseinandergesetzt. Frau Gieselmann vom *Verein Widerspruch e.V* habe an Hand konkreter Fälle die Situation der Betroffenen geschildert. Die Arbeitsgruppe „Soziales“ des Migrationsrates werde unter Berücksichtigung der heute zu thematisierenden Fragen und Problemen analog dem bildungspolitischen Papier Forderungen für den Sozialbereich formulieren werde.

Herr **Radloff** erläutert an Hand von Folien die Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung durch Arbeitplus und die REGE
Die offizielle Arbeitsmarktstatistik der Agentur für Arbeit unterscheide nur nach Nationalität. Danach seien von den 5.540 arbeitslos gemeldeten Ausländern in Bielefeld 4.438 im Rechtskreis des SGB II und werden durch Arbeitplus betreut und vermittelt. Von den insgesamt 25% Ausländerinnen und Ausländer an der

Gesamtzahl der Arbeitslosen in Bielefeld bekommen demnach 80,1 % Arbeitslosengeld II.

Die Nationalität sei aber nur eine Möglichkeit der Differenzierung, wenn es um das Thema Migration in der Arbeitsmarktförderung gehe. Leider erlaube die augenblickliche Datenerfassung keine weitere Differenzierung nach ethnischer Herkunft oder anderen migrationspezifischen Merkmalen. Der Anteil der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund in der Zuständigkeit der Arbeitsplus liege nach Einschätzung der Vermittler und FallmanagerInnen bei mindestens 60%. Dazu gehörten dann all diejenigen, die einen deutschen Pass besitzen aber noch im Ausland geboren und aufgewachsen bzw. die zu den nachfolgenden Generationen dieser ausgewanderten Eltern gehören.

Fast jeder dritte Arbeitslose, der von Arbeitsplus beraten werde, habe einen ausländischen Pass, mindestens jeder zweite einen Migrationshintergrund. Diese Zahlen verdeutlichten den besonderen Focus, den sie in der Arbeitsmarktförderung auf das Thema Migration legen.

Die Arbeitsplus als Organisation habe sich besonders im aktiven Bereich, also in der Qualifizierung und Vermittlung von arbeitslosen MigrantInnen, auf deren hohe Anzahl eingestellt. Besondere Beachtung finde deshalb die Situation von MigrantInnen in den Schulungen der Fallmanagerinnen/ Fallmanager. Im neu geschaffenen Aufgabengebiet des Fallmanagements gehöre die besondere Problematik von MigrantInnen am Arbeitsmarkt gewissermaßen zum Tagesgeschäft. Neben den an sich schon differenzierten Kenntnissen des Fallmanagements werde in den Schulungen ein Schwerpunkt auf die Vermittlung von interkultureller Kompetenz gelegt. Diese Schulungen könnten perspektivisch auch auf die VermittlerInnen angewandt werden.

Eine weitere wichtige Komponente in der Beratungsarbeit sei die Kooperation und Vernetzung mit den Bielefelder Beratungsstellen und Trägern der Integrationsarbeit, um das bestehende Know-how und die Angebote, die es in Bielefeld gibt, zu nutzen. Dafür stehen den MitarbeiterInnen im eigenen Informationssystem umfangreiche Angebote zur Verfügung.

Das wohl größte Problem von vielen durch Arbeitsplus betreute MigrantInnen: bei der Arbeitsmarktintegration verfügen nicht über ausreichende Sprachkenntnisse.

Aus langjährigen Erfahrungen in der kommunalen Sprachförderung konnte für die Arbeitsplus ein differenziertes Sprachförderungssystem aufgebaut werden, das sich sehr effektiv erwiesen habe.

Neben der Sprachförderung gebe es noch besondere Eingliederungsmaßnahmen nur für Migrantinnen, bei denen auf individuelle Besonderheiten wie z.B. alleinerziehend oder Hilfe bei der Kinderbetreuung eingegangen werde.

Grundsätzlich seien alle Maßnahmen und Angebote der Arbeitsplus auch auf MigrantInnen ausgerichtet, weshalb die speziellen Angebote, mit Ausnahme der Sprachförderung, nur sehr gering ausfallen.

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die seit Beginn 2006 durchgeführt werden, werden aus der Übersicht deutlich. Alle aufgeführten Maßnahmen sind auch für MigrantInnen geeignet (*Anlagen*).

Der Bedarf an Sprachförderung für ALG II BezieherInnen ist bekanntlich größer als das was im Augenblick mit den zur Verfügung stehenden Mitteln geleistet werden kann. Um eine Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt zu erhalten, benötigen ca. **35%** aller ALG II-BezieherInnen eine individuell auf die vorhandenen Ressourcen und Vorkenntnisse abgestimmte Sprachförderung. Das Ziel der Arbeitsplus sei die Bereitstellung eines zeitnahen Angebots an Sprachkursen an möglichst viele Berechtigte, um deren arbeitsweltbezogene Handlungskompetenz zu erhöhen und dadurch eine langfristige Integration in Arbeit zu erreichen.

Neben den der Arbeitsplus zur Verfügung stehenden Eingliederungstiteln werde versucht besonders für die Sprachförderung Mittel des Landes und des Europäischen Sozialfonds zu akquirieren.

In den letzten beiden Jahren wurden immer stärker so genannte „Handlungsorientierte Sprachkurse“ konzipiert, die besonders für MigrantInnen mit geringer oder lange zurückliegender Schulbildung geeignet seien.

Neben diesen Unterrichtsformen wurden durch Projekte eine kombinierte Förderung von Sprach- und Berufspraxis durch besondere Gruppenmaßnahmen entwickelt. Unter dem Stichwort „Sprache und Arbeit“ werden in ausgesuchten Beschäftigungsfeldern die Sprachförderung vor Ort, also in der Arbeitswelt, angewendet.

Auf die Fragen bezüglich der Zuständigkeiten Arbeitsplus-REGE führt Herr Radloff folgendes aus:

Arbeitplus in Bielefeld GmbH habe den Auftrag alle arbeitslosen ALG II EmpfängerInnen zu betreuen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das beinhaltet die Leistungssachbearbeitung (passive Leistungen) und die Qualifizierung und Vermittlung (aktive Leistungen). Arbeitplus finanziere und vererbe Maßnahmen zur Arbeitsmarktförderung.

Die REGE mbH als städtische Personalentwicklungsgesellschaft habe den Auftrag Projekte und Maßnahmen für die Integration von benachteiligten Zielgruppen in den Arbeitsmarkt zu initiieren, zu steuern und zu begleiten.

MitarbeiterInnen beider Organisationen arbeiteten bei der Konzeption von Maßnahmen und Projekten und bei der späteren Besetzung von geschaffenen Qualifizierungsplätzen eng zusammen.

Bereits vor der Arbeitsmarktreform habe es einen Schwerpunkt mit der Zielgruppe MigrantInnen bei der REGE gegeben. Zur besseren Planung und Umsetzung der Arbeitsmarktförderung für MigrantInnen wurden die folgenden Studien erstellt:

- **„Studie zur beruflichen Situation von Frauen mit Migrationshintergrund – Regionale Bestandsaufnahme und Entwicklung von Handlungsfähigkeit und der Beschäftigungschancen von Frauen mit Migrationshintergrund im Wirtschafts- und Sozialraum Bielefeld“** von Bärbel Beninde und Margret Stücken-Virna.
- **„Integration als Zukunftsaufgabe – Visionen für die Stadt“ einem Bericht zur Arbeitsmarkt- und Sozialintegration der MigrantInnenbevölkerung in Bielefeld** von Yasin Sever.

Beide Studien, schon in diesem Kreis vorgestellt, beinhalteten wichtige Grundlagen zur spezifischen Bielefelder Situation und Handlungsempfehlungen für die Akteure der Arbeitsmarktförderung.

Die Übersicht der augenblicklich laufenden und gerade bewilligten Projekte, die durch Mitarbeiterinnen der REGE umgesetzt werden, zeigten sehr deutlich den innovativen Charakter von Projekten. Neben der unmittelbaren Unterstützung der Teilnehmer in den Projekten gebe es die weiteren Ziele, die gewonnenen Erkenntnisse auf andere Bereiche der Arbeitsmarktförderung zu transferieren und Strukturen der Unterstützung, unabhängig vom zeitlich befristeten Projekt, zu schaffen.

Ferner habe die REGE durch eine gezielte Personalpolitik die Beschäftigung der Migrantinnen und MigrantInnen forciert.

In den letzten Jahren sei es gelungen den Anteil der MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in der REGE kontinuierlich zu erhöhen. Im Augenblick arbeiten im Bereich der Kern-REGE 14 MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund sowohl in der Ausbildung, als auch im kaufmännischen Bereich und in den unterschiedlichen Projekten. Für die Arbeitplus konnte dieser Erfolg bisher noch nicht realisiert werden, da hier die Personalstellung hauptsächlich durch die Agentur und die Stadt erfolge.

Zu dem Protokoll der vorangegangenen Sitzung und zu den Anregungen der Mitglieder macht Herr Kähler folgende Anmerkungen:

Der Wunsch nach verständlicheren Bescheiden stehe oft leider im Widerspruch zur Notwendigkeit von juristisch einwandfreien Bescheiden. Dies betreffe nicht

nur Migrantinnen und Migranten. Die Sprache der Bescheide werde auch durch eine Übersetzung nicht viel verständlicher. Der beste Weg sei es, die Fragen unmittelbar mit dem zuständigen Sachbearbeiter zu klären.

An der Erreichbarkeit der MitarbeiterInnen von Arbeitplus wurde im vergangenen Jahr sehr viel gearbeitet, z.B. durch ein eigens eingerichtetes Call Center, eine Ausstattung mit Anrufbeantwortern und der Verpflichtung der Mitarbeiter, Rückrufe innerhalb eines Tages zu erledigen sowie der Möglichkeit von individueller Terminvereinbarung auch außerhalb der Öffnungszeiten.

Die Aussage über den Wegfall der Einmalbeihilfen sei richtig, allerdings gebe es seit dem 01.08.06 die Möglichkeit, eine Babyausstattung und alles was mit Kosten im Rahmen einer Geburt (Kinderwagen etc.) zusammenhängt, zu beantragen. Die Forderung an die Haushaltsgemeinschaften oder Familien, kostengünstigere Wohnungen zu beziehen, hätten viele Betroffenen veranlasst, alle Möglichkeiten zu nutzen, kostengünstig innerhalb der eigenen Unterkunft zu bleiben, bevor ein neuer Wohnungswechsel vorgenommen werde. In vielen Fällen hätten sich die Vermieter bereit erklärt, die Mietkosten zu reduzieren. Von 609 Fällen seien nur 34 Personen umgezogen.

Herr **Düger** berichtet von den Beschwerden der älteren Migrantinnen und Migranten, über den unnötigen Druck besonders während der Urlaubszeit. Die älteren Menschen verbrächten dort keinen Strandurlaub sondern es bestünden Verpflichtungen und familiäre Bindungen und es gebe Behördenangelegenheiten, die zu regeln seien. So müssten viele ältere Menschen den Aufenthalt in der Türkei frühzeitig unterbrechen - wohlwissend, dass sie unter Betrachtung der Situation auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen hätten, d. h. nicht zwingend zur Verfügung stehen müssten. Überhaupt sollte der Schwerpunkt der Vermittlungsbemühungen bei den arbeitslosen Jugendlichen liegen und nicht bei den Älteren, die keine realen Aussichten mehr auf eine Arbeit haben.

Vom unsensiblen Umgang mit den Betroffenen berichtet auch Herr **Koyun**. Er könne die Überbelastung der Mitarbeiter verstehen, aber dieses rechtfertige nicht einen unfreundlichen Umgang. Herr **Tas** problematisiert die Unübersichtlichkeit der vorzulegenden Unterlagen für die Betroffenen. Viele müssten öfters in das Rathaus kommen um Unterlagen nachzureichen.

Frau **Adilovic-Berends** fragt ob der Dolmetscherdienst der Stadt durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Arbeitplus in Anspruch genommen werde denn so könne man viele sprachliche Mißverständnisse vermeiden. Ferner würden einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den speziellen Problemlagen von arbeitslosen Migranten nicht die erforderliche Sensibilität entgegenbringen. Viele Migranten fühlten sich unnötig unter Druck gesetzt, obwohl sie kaum geeignete Stellenvorschläge erhalten.

Herr **Radloff** versichert, dass er die geäußerten Beschwerden in der Teamleiterbesprechung thematisieren werde.

* Migrationsrat - 23.08.2006 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *

Zu Punkt 8

Benennung von Mitgliedern für Arbeitsgruppen

hier:

- **Interkulturelle Berufs- und Informationsbörse**
- **Zweites Bielefelder Elternforum**
- **Runder Tisch "Kultursensible Altenhilfe"**
- **Ansprechpartner für die LAGA bezüglich der Elternarbeit auf Landesebene**

Herr **Sever** weist auf die vorliegenden Informationen über die Aufgaben der einzelnen Arbeitsgruppen hin und bittet die Mitglieder trotz der ungünstigen Terminfestlegungen für die Berufstätigen um die Mitwirkung, Vorschläge.

Es werden folgende Mitglieder für die Arbeitsgruppen benannt:

Beschluss:

1. Interkulturelle Berufs- und Informationsbörse: kein Vorschlag
2. Bielefelder Elternforum: Frau Adilovic-Berend und Herr Düger
3. Runder Tisch „Kultursensible Altenpflege“: kein Vorschlag
4. Ansprechpartner für die LAGA bezüglich der Elternarbeit auf Landes
ebene: Herr Koyun und Herr Gügen

-einstimmig-

* Migrationsrat - 23.08.2006 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache *

Zu Punkt 9

**Beschlussvorschlag für die Sitzung des Migrationsrates am
23.08.2006
hier: Tageseinrichtungen für Kinder als "Familienzentren"**

Herr Sever zitiert den Auftrag des Migrationsrates in der Sitzung am 21.06.2006 an den Vorstand, einen Vorschlag für eine Empfehlung des Migrationsrates zur Einrichtung von Familienzentren für die Sitzung am 23.08.2006 vorzubereiten. Der Entwurf des Vorstandes sei den Mitgliedern schriftlich zugegangen. Er stelle fest, dass es keine Ergänzungen oder Anmerkungen gebe. Er bittet nun die Mitglieder des Migrationsrates folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Ergänzend zu dem Beschluss am 21.06.2006 bittet der Migrationsrat den Jugendhilfeausschuss bei der Beschlussfassung folgende Empfehlungen zu berücksichtigen bzw. aufzunehmen:

(Die Empfehlungen gelten vor allem für die Familienzentren mit hohen Migrantenteilen)

- **Das Familienzentrum versteht sich im Stadtteil als „Integrationsagentur“. Die gebündelten Aktivitäten reduzieren sich nicht nur auf die Sprachförderung, sondern sie berücksichtigen die kulturelle, soziale und berufliche Förderung der Migrantinnen und Migranten.**
- **Die Beteiligung der Migrantinnen und Migranten an den entfalteten Aktivitäten und die Förderung der Selbstpotentiale sind als Qualitätsstandards des Familienzentrums verankert.**
- **Es ist ein konkreter Ansprechpartner/in im jeweiligen Familienzent-**

rum in einer Sprache der Migrantinnen und Migranten vorhanden. Dies setzt den gezielten Einsatz muttersprachlicher Fachkräfte voraus.

- **Interkulturelle Erziehung und „interkulturelle Aktivitäten“ sind im Programm des Familienzentrums aufgewiesen und sichtbar.**
- **Es sind systematische Familienbildungsangebote für Männer und Frauen mit Migrationshintergrund vorhanden.**
- **U. a. sind diese Komponenten bei der Vergabe eines „Bielefelder Gütesiegels“ an Familienzentren zu berücksichtigen.**

Dieses bedeutet im Konkreten:

- **Mehr Erzieherinnen / Erzieher mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen – unabhängig von den Sprachförderkräften - mit dem Ziel, die Zusammensetzung der Gesellschaft widerzuspiegeln und die Kontakte zu den Familien mit Migrationshintergrund zu verstärken bzw. diese stärker einzubinden.**
- **Einsatz so genannter „Kulturdolmetscherinnen und –dolmetscher“, die zwischen den Familien mit Migrationshintergrund und den Einrichtungen vermitteln
z. B. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Dolmetscherdienstes oder qualifizierte ehrenamtliche Mütter oder Väter aus dem Stadtteil, die Migranteltern die Rolle des Kindergartens im Bildungssystem sowie die Bedeutung aktiver Elternmitwirkung vermitteln und zur Vermeidung/ Schlichtung von Konflikten beitragen.**
- **Programme die auf die frühe Förderung und Einbeziehung von Migranteltern / -müttern setzen.**
- **Anwendung der „Literacy-Erziehung“ in den Einrichtungen, die zur Förderung insbesondere der Kinder aus bildungsfernen Schichten beiträgt. In diesem Zusammenhang sollten (Migranten-) Eltern verstärkt eingesetzt werden.**
- **Weitere Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Familienzentren in interkulturellen Fragen.**
- **Aufbau und Förderung „interethnischer“ sozialer Beziehungen wie gute Nachbarschaftskontakte, Freundschaften im Stadtteil, wie zum Beispiel durch die Einrichtung interkultureller Müttercafe's oder Mütterfrühstücksangebote in den Familienzentren und durch die Kooperationen mit den Migrantorganisationen im Stadtteil.**

Bei der Umsetzung bietet der Migrationsrat seine Unterstützung an.

-einstimmig-

Herr Sever, Yasin
Stellv. Vorsitzender

Emir Ali Sag
Schriftführer